

## **Erdbeben in der Christlich-Demokratischen Partei Chiles – spaltet sich der PDC erneut?**

In der gestrigen Vorstandssitzung des PDC wurde auf Antrag der Vorsitzenden, Frau Soledad Alvear, mehrheitlich beschlossen, Herrn Senator Zaldívar's 40-jährige Mitgliedschaft in der Partei vorläufig ruhen zu lassen. Der Antrag wurde an das Parteigericht überwiesen mit der Maßgabe, seine Mitgliedschaft dauerhaft auszusetzen.

Mit diesem Beschluss wurde ein vorläufiger Schlusspunkt unter den seit Januar 07 wieder entbrannten Streit in der Partei gesetzt. Herr Senator Adolfo Zaldívar, direkter Vorgänger im Amt der jetzigen Parteivorsitzenden, hat sich mit seinen Anhängern gegen die Beschlusslage der Partei gestellt und bei für die Regierung relevanten Abstimmungen - im Senat und durch seine PDC-Verbündeten im Abgeordnetenhaus - mit der Opposition gestimmt und damit Regierungsvorhaben scheitern lassen.

Streitpunkt und Anlass ist der öffentliche Finanzbedarf für das im Februar 07 eingeführte neue Personentransportsystem in der Hauptstadt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Bewohner Santiagos zurecht stolz auf ihre zuverlässige, bequeme und pünktliche U-Bahn, die es Personen aus allen gesellschaftlichen Schichten möglich machte, im Verbund mit privatwirtschaftlich organisierten Linienbussen, Anreisen zum Arbeitsplatz, zur Schule, zur Universität und zu anderen Verpflichtungen verlässlich planen zu können.

Es war die Vorgängerregierung unter Staatspräsident Ricardo Lagos, die der Hauptstadt ein neues, modernes Verkehrssystem verordnen wollte. Unter

Umwelt- und Klimaschutzbegründungen sollten die hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen der alten Busse durch schadstoffarme Fahrzeuge ersetzt, dem ausufernden Wettbewerb um Fahrgäste durch die zahlreichen Busunternehmen Einhalt geboten, die unfallgefährdende Fahrweise durch Schulungsmaßnahmen, einheitliche Uniformen und feste Vergütungen, die sich nicht an der Zahl der beförderten Personen ausrichten, verändert und auf ein elektronisches Abrechnungssystem, das die Fahrer von der Entrichtung des Fahrpreises entlasten sollte, umgestellt werden. Das Ergebnis ist ein chaotisches Verkehrssystem mit völlig überfüllten Bussen, Verspätungen, Ausfall von Strecken, gewalttätigen Ausschreitungen, Sachbeschädigungen durch protestierende Fahrgäste, Anstieg der Schwarzfahrten, eine überfüllte Untergrundbahn mit zunehmender Kleinkriminalität in den Zügen und einem durch ungeschickt ausgehandelte Verträge zwischen Regierung und Buseigentümern und anderen Partnern monatlich entstehenden Defizit von 35 Millionen USD, für das die Staatskasse aufzukommen hat. Über 200.000 Kleinwagen wurden seit Februar von Chilenen gekauft und belasten seitdem zusätzlich die Verkehrsdichte. Die im internationalen Vergleich sehr schadstoffbelastete Luft ist in Santiago daraufhin noch schlechter geworden.

Die Opposition sieht mit den Konsequenzen für politische Wahlentscheide im „Transantiago“ ein geeignetes Thema, die Regierung unter Druck zu setzen. Es sind ja die Bewohner aus den Vororten, den unteren Einkommensschichten angehörende Personen und mehrheitlich Konzertationswähler, die sich durch diese völlig unzureichende öffentliche Dienstleistung mehr und mehr von der Regierung und ihren Parteien abwenden. Die Opposition hat ein verständliches Interesse daran, dass dieses Verkehrssystem als Wahlkampfthema beim bevorstehenden kommunalen Urnengang im Oktober 08 die Gemüter weiterhin erhitze. Die Zustimmung zur Regierungsführung und zur Staatspräsidentin ist auf einen Tiefpunkt gefallen. Nur noch rund 40% der chilenischen Bevölkerung stehen laut Umfragen hinter der Regierung und ihrer Präsidentin. Der jetzige Pre-Kandidat für das Staatspräsidentenamt bei den Wahlen 09, Sebastián

Piñera von der wirtschaftsliberalen oppositionellen Renovación Nacional, führt alle Umfragen deutlich an.

Vor diesem Hintergrund sind es die Regierungsparteien mit ihrem christlich demokratischen Transport- und Verkehrsminister René Cortázar, die ein politisch motiviertes Interesse daran haben, dass dieses Transportsystem so schnell wie möglich reibungslos funktioniert. Die Regierung benötigte im Spätherbst 07 (europäischer Frühling) bereits die Zustimmung ihrer Parlamentarier für eine zusätzliche Finanzspritze in Höhe von 290 Millionen USD zur Sanierung des Transantiago. Die Debatte darüber in beiden Kammern des Parlaments fand breites Interesse in der Öffentlichkeit. Für die knappe Mehrheit der Regierungsparteien im Senat waren die Stimmen des aus dem PPD ausgetretenen Senators Fernando Flores, dem unabhängigen Senator der XII. Region Carlos Bianchi und von Senator Adolfo Zaldívar entscheidend. Die Regierung hat die Zustimmung für diese Finanzaufstockung nur erhalten, indem sie den gleichen Betrag als Zusatzfinanzierung für die Regionen des Landes bereitstellte und damit die Stimme des unabhängigen, aber der Renovación Nacional zuneigenden Senators Bianchi „kaufte“. Flores und Zaldívar stimmten gegen diesen Antrag. Dennoch konnte der Verkehrsminister seinen Haushaltsansatz für 07 um 290 Millionen USD erhöhen.

Senator Zaldívar nutzte seine populäre Ablehnung der Zusatzfinanzierung für ein breit angelegtes Medienecho. Er forderte die Übernahme von politischer Verantwortung und den Rücktritt mehrerer Minister des Kabinetts, die die Staatspräsidentin zu einer Einführung dieses völlig unzureichenden Verkehrssystems am 10. Februar 07 überredet hätten. Es ginge nicht an, dass aus dem allgemeinen Steueraufkommen, vertraglich zugesicherte feste Vergütungen an private Busbetreiber bezahlt würden, nur um eine Erhöhung der Fahrtarife, die politisch unpopulär sind, zu verhindern. Dies sei eine Umverteilung von unten nach oben und mit ihm als Senator nicht zu machen. Er sehe nicht ein, dass einerseits die auf den Nahverkehr angewiesenen Personen durch dieses Chaos jeden Tag erniedrigt würden und nunmehr auch noch die

Zeche für dieses marode System bezahlen müssten. Er forderte die Rückkehr zum privatwirtschaftlich organisierten Verkehrsverbund und die Wiedereinsetzung der alten Linienführungen. Mit dieser Argumentation macht er sich zum Sprecher der Opposition, die durch ihre Abgeordneten und Senatoren aus UDI und RN die gleichen Forderungen stellte.

Aber nicht nur in dieser Frage scherte Zaldívar aus der Parteidisziplin aus. Durch seine Ablehnung verlor der Regierungskandidat für die Besetzung des Chefpostens des Rechnungshofes, und der von der Opposition vorgeschlagene neue Präsident wurde gewählt. Auch in öffentlichen Verlautbarungen zu angeblichen Korruptionsaffären bei der staatlichen Eisenbahngesellschaft, in die Vertraute der PDC Vorsitzenden durch Medienberichterstattung verwickelt wurden, formulierte er Positionen, die im Gegensatz zu Sprachregelungen der Parteigremien standen.

Die Vorsitzende der Partei brachte diese Vorgänge im Juli 07 vor das Parteigericht. Der Antrag lautete auf Einhaltung des Fraktionszwangs; Adolfo Zaldívar berief sich auf seine Gewissensfreiheit bei Abstimmungen im Senat. Die Regelungen des Parteigesetzes und die der Verfassung für die Stellung von Parlamentariern im demokratischen System Chiles, gaben ihm Recht. Es blieb bei einer Androhung von Konsequenzen für Wiederholungsfälle.

In der letzten Woche verweigerte Senator Zaldívar jedoch erneut seine Stimme dem Regierungslager. Die zusätzliche Finanzierung von 190 Millionen USD für den Transantiago für das Jahr 08 lehnte er abermals ab. Stattdessen unterzeichnete er gemeinsam mit Senator Flores, Senator Bianchi und den Senatskollegen aus UDI und RN ein Manifest, in dem noch einmal die Argumente gegen das „soziale Verbrechen“ des Transantiago zusammengefasst werden. Im Abgeordnetenhaus, der anderen Kammer des chilenischen Parlaments, scherten 5 PDC-Abgeordnete – aus der Gruppe der 9 Zaldívar zuzuordnenden Parlamentarier – ebenfalls aus dem Fraktionszwang

aus und fügten der Regierung auch im Abgeordnetenhaus eine Abstimmungsniederlage für die Zusatzfinanzierung bei.

Die gestrige Entscheidung des Parteivorstandes, Adolfo Zaldívar's Mitgliedschaft in der Partei aufzuheben, bedeutet eine erneute vorweggenommene Spaltung des PDC. Senator Zaldívar will – so erste Verlautbarungen – die Gerichte bemühen, um der Parteiführung ihre Kompetenz für eine solche Maßnahme abzuspreeken. Nicht vorauszusehen zum jetzigen Zeitpunkt ist, ob Zaldívar eine eigene neue Partei – ähnlich wie Fernando Flores vom PPD mit „Chile Primero“ - gründet, oder ob er sich an die Spitze einer populären Bewegung stellt, die eine enge Zusammenarbeit mit UDI und RN sucht, um in 2009 einen Regierungswechsel mitherbeizuführen.

Nach MAPU, der Izquierda Cristiana, dem Movimiento Humanista Cristiano wird wohl Zaldívar für die vierte Abspaltung und damit die Schwächung der christlich-demokratischen Bewegung in Chile Verantwortung tragen müssen. Andererseits war und ist die aktuelle Parteiführung wohl nicht in der Lage, durch einen parteiinternen Dialog Andersdenkende in ihre Gremien zu integrieren. Für die hiesigen Christdemokraten und für Frau Alvear keine günstige Ausgangslage für den Anspruch, den nächsten Präsidenten Chiles aus ihren Reihen stellen zu können.

Dr. Helmut Wittelsbürger

Santiago de Chile, am 27. November 2007